

# Keine unmittelbare Gefährdung

**In Österreich gibt es keine größeren Bedrohungen für die Sicherheit, aber der islamistisch motivierte Extremismus und Terrorismus stellt nach wie vor eine Gefahrenquelle für Europa dar.**

**A**uch wenn es in Österreich noch keinen Terroranschlag gegeben hat und die Zahl der neu ausreisenden Kämpfer aus Österreich in die Dschihad-Kriegsgebiete in den Jahren 2017 und 2018 stagniert ist, ist der islamistische Terrorismus die größte Bedrohung für die Sicherheit Österreichs. Vor allem die „Foreign Terrorist Fighters“ aus Österreich, die in das Land zurückkehren, stellen eine schwer kalkulierbare Gefahr dar.

2018 gab es weniger linksextremistisch motivierte und eine nahezu gleichbleibende Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten. „Es ist erfreulich, dass es 2018 deutlich weniger linksextremistisch motivierte Straftaten gegeben hat, als in den Jahren zuvor. Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten hat es zwar einen leichten Anstieg gegeben, der aber nicht an die Zahlen von 2016 heranreicht“, sagte Generaldirektor Franz Lang.

Neben den Lagebildern in Bezug auf Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie islamistischen Extremismus und Terrorismus beinhaltet der Verfassungsschutzbericht 2018 das Lagebild zum Nachrichtendienst. „Außerdem werden in Fachbeiträgen wichtige Themen erörtert, die aktuell relevant sind oder in der Folge aus Sicht der Sicherheitsbehörden relevant werden könnten“, sagte BVT-Direktor Mag. Peter Gridling.

**Rückkehrer.** Mit Jahresende 2018 waren 320 Personen aus Österreich bekannt, die in die Kriegsgebiete Syrien und Irak gereist waren oder dorthin reisen wollten, um zu kämpfen. 62 davon konnten an der Ausreise gehindert werden, 93 kehrten wieder nach Österreich zurück und 58 wurden mit höchster Wahrscheinlichkeit getötet. 107 „Foreign Terrorist Fighters“ aus Österreich befanden sich Ende 2018 noch im Krisengebiet.

„Rückkehrer“ stellen durch ihre militärische Ausbildung, gepaart mit Kampferfahrung, eine schwer kalkulierbare Gefahr dar, weil sie im Hinblick auf Gewaltanwendung empathielos agieren können und oft Kontakte zu



**Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2018: BVT-Direktor Peter Gridling, Generaldirektor Franz Lang.**

Mitgliedern terroristischer Organisationen vor Ort unterhalten. Das kann sich auf ehemalige Kampfgefährten aus anderen Ländern beziehen und zu einer Vernetzung untereinander führen.

**Islamistischer Terrorismus.** Der Gefahr vor dem islamistischen Terrorismus wird in Österreich sowohl durch repressive wie auch durch präventive Maßnahmen entgegengetreten. Am 23. Oktober 2018 wurde beim jährlichen Präventionstreffen im Bundesministerium für Inneres die „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ vorgestellt. Darauf aufbauend, wird ein nationaler Aktionsplan erstellt, der die Maßnahmen festlegt, um der Bedrohung durch Terrorismus und Extremismus entgegenwirken zu können.

**Linksextremismus.** Wie schon 2017 sind 2018 die Zahlen der Tathandlungen und Anzeigen wegen linksextremistisch motivierter Straftaten deutlich zurückgegangen. 2018 gab es mit insgesamt 137 Tathandlungen um 35,1 Prozent weniger als 2017 (211) und auch um 22,8 Prozent weniger Anzeigen (2018: 237; 2017: 307). Verglichen mit den Zahlen aus dem Jahr 2016 (383 Tathandlungen und 463 Anzeigen) zeigt sich der Rückgang noch deutlicher. Auch die Aufklärungsquote hat sich deutlich verbessert. Während sie 2016 bei 13,6 Prozent und

2017 bei 14,2 Prozent lag, ist sie 2018 auf 18,2 Prozent gestiegen.

Die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 hat in der links-extremen Szene zwar zu einem Mobilisierungsschub geführt, mit Ausnahme der Proteste anlässlich des informellen Rats der Staats- und Regierungschefs verliefen aber nahezu alle Protestveranstaltungen geordneten und gewaltfrei.

Der im September 2018 in Salzburg abgehaltene informelle Rat hat im In- und Ausland zu Mobilisierungsaktivitäten in linksextremen Kreisen geführt. Im Vorfeld des Gipfeltreffens verübten bislang unbekannt Täter mehrere Sachbeschädigungen in der Stadt Salzburg. In der auf einer linksradikalen Schweizer Internet-Seite veröffentlichten Tatbekennung, wurden die Taten als radikale Kritik an der Politik der österreichischen Bundesregierung und als Reaktion auf den geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Salzburg-Puch begründet.

Die Großdemonstration beim informellen Rat wurde von rund 1.000 Personen – darunter Exponenten des links-extremen Spektrums, die einen rund 150 Personen umfassenden „schwarzen Block“ formierten – besucht. Im Zuge dieser Kundgebung kam es zu Sachbeschädigungen (vor allem in Form von Besmierungen und Besprühungen) sowie zu Tätlichkeiten gegen Polizeikräfte.

**Rechtsextremismus.** 2018 ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten leicht gestiegen. Es gab mit 1.075 Tathandlungen um 1,1 Prozent mehr als 2017 (1.063) und um 2,9 Prozent mehr Anzeigen (2018: 1.622; 2017: 1.576). Verglichen mit den Zahlen aus dem Jahr 2016 (1.313 Tathandlungen und 1.867 Anzeigen), zeigt sich ein Rückgang.

Die Aufklärungsquote hat sich wie beim Linksextremismus verbessert. Während sie 2016 bei 61,3 Prozent und 2017 bei 58,1 Prozent lag, ist sie im Jahr 2018 auf 63 Prozent angestiegen. Bei der Internet-Meldestelle „NS-Wiederbetätigung“ gingen 3.176 Informationen und Hinweise ein, wovon 1.440



„Foreign Terrorist Fighters“ aus Österreich, die in das Land zurückkehren, stellen eine schwer kalkulierbare Gefahr dar.

tatsächlich relevant waren (2017: 3.523 Hinweise, davon 1.318 relevant). Wie schon in den Jahren davor, versuchten vornehmlich rechtsradikale bis rechts-extreme Personenkreise die „Flüchtlingsthematik“ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Asyl- und Fremdenfeindlichkeit bildeten deshalb die stärkste Triebfeder für Gewalt und Hasskriminalität.

In Österreich besteht ein Risiko für die Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit durch rechts-extreme Gewalt. Mögliche Ziele rechtsextremer Agitationen und Aggressionen sind beispielsweise Juden und Muslime und deren Einrichtungen, Migranten und Asylwerber sowie Personen, die einem „Fremdheitsstereotyp“ entsprechen.

Die „Identitäre Bewegung“ (IBÖ) ist in Österreich eine wesentliche Trägerin der „Islam- und Asylfeindlichkeit“. Mit Stichwörtern wie „Islamisierung Europas“ oder der Parole des „großen Austauschs“ werden ein permanenter Handlungsbedarf und ein „Kulturkampf“ suggeriert.

Zur Legitimierung der Anliegen werden immer wieder Anknüpfungspunkte zu historischen Ereignissen herangezogen (z. B. die Belagerung Wiens durch das osmanische Heer im Jahr 1683), um darauf aufmerksam zu machen, dass die „autochthone Bevölkerung“ durch Zuwanderung gefährdet sei.

**Spionage/Nachrichtendienst.** Österreich ist ein bevorzugtes Operationsgebiet für ausländische Nachrichtendienste und als internationale nachrichtendienstliche Drehscheibe zu betrachten. Dabei erweisen sich die geografische Lage des Landes, seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie seine wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärke, vor allem in den Sektoren Technologie und Energie, als wesentliche Faktoren. Zudem ist die Hauptstadt Wien Sitz einer Reihe internationaler Organisationen, wie etwa die Vereinten Nationen.

Im zweiten Halbjahr 2018 ist auch die österreichische EU-Ratspräsidentschaft hinzugekommen. 2018 konnten Anwerbungsversuche durch ausländische Nachrichtendienste in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen festgestellt werden. Neben der klassischen Spionage – wie beispielsweise der Versuch, unter Zuhilfenahme menschlicher Quellen vertrauliche oder geheime Informationen zu erlangen – haben nachrichtendienstliche Aktivitäten zum Zwecke der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungs- und Machtstrukturen sowie hiesige Diasporas an Bedeutung gewonnen.

In den vergangenen Jahren führten Manipulationsvorwürfe und -versuche, hinsichtlich demokratischer Willensbildung im Kontext mit politischen Wahlen, wie zum Beispiel dem US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf oder europäischer Wahlkämpfe, zu ei-

ner anhaltenden öffentlichen Debatte. In diesem Zusammenhang konnten nachrichtendienstliche Unterstützungshandlungen zum Zwecke der Untergrabung staatlicher Souveränität und Beeinflussung der öffentlichen Meinung festgestellt werden.

In Österreich gilt für diese oder ähnliche Spionagedelikte ein im internationalen Vergleich geringes Strafmaß: Wer beispielsweise zum Nachteil Österreichs einen geheimen Nachrichtendienst einrichtet, betreibt oder unterstützt, muss bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe befürchten. Zu diesem Gesetz liegen Novellierungsvorschläge vor.

**Aufklärung.** Um Anwerbungsversuche präventiv zu unterbinden, wird bei Behörden, sonstigen staatlichen Institutionen, Wirtschaftstreibenden oder universitären Einrichtungen ein erhöhtes Bewusstsein für diese Art der Bedrohung geschaffen. 2018 wurden intensiv Sensibilisierungsaktivitäten durchgeführt und eine Reihe von Präventionsveranstaltungen abgehalten. Auch auf internationaler Ebene spielt die Aufklärung über Bedrohungen durch Spionage eine wesentliche Rolle bei der Früherkennung illegaler nachrichtendienstlicher Tätigkeiten.

**Fachbeiträge.** In acht Fachbeiträgen widmet sich der Verfassungsschutzbericht 2018 Themen und Entwicklungen, die die Staatsschutzbehörden beschäftigen, weil sie in Zusammenhang mit dem Aufgabenbereich der Staatsschutzbehörden bereits aktuell relevant sind oder künftig zu einem relevanten Thema werden könnten.

**Fachbeiträge** gibt es zu den Themen:

- Frauen im Zusammenhang mit dem Phänomen der „Foreign Terrorist Fighter“.
- Bioterrorismus als Herausforderung für die Zukunft.
- Staatsfeind Nr.1: Die weltweite Verfolgung der Gülen-Bewegung durch die Türkei.
- Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung.
- Sicherheit bei der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018.
- Gewährleistung ausfallsicherer Kommunikation.
- Staatsfeindliche Verbindungen.
- Entwicklungen in der Cyber-Sicherheit.

H. N.